

Schreiben Mielkes an Krenz mit Information zu "Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros"

Am 17. Oktober 1989 wurde Generalsekretär Erich Honecker durch Mitglieder des Politbüros um Egon Krenz gestürzt. Auch Stasi-Minister Erich Mielke forderte Honecker zum Rücktritt auf. Einen Tag vor der Politbürositzung schickte er dessen Herausforderer Egon Krenz zur Bekräftigung eine "Information", die die zunehmend negative Stimmung der Bevölkerung gegenüber Partei und Regierung dokumentiert.

Im Herbst 1989 brodelte es in der DDR. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, die fehlende Reisefreiheit und die starren politischen Verhältnisse trieben immer mehr Menschen in Opposition gegen die SED-Diktatur. Erstmals seit dem Volksaufstand von 1953 blieb diese Unzufriedenheit nicht unter der Oberfläche, sondern brach sich in offenen Protesten Bahn.

Am 17. Oktober, wurde der Staatschef Erich Honecker gestürzt. Alle seine Genossen im Politbüro forderten ihn auf abzutreten, auch sein alter Kampfgenosse Erich Mielke. Ein Teilnehmer notierte Mielkes Statement: "Wir haben vieles mitgemacht. Wir können doch nicht anfangen, mit Panzern zu schießen. Erich [es ist] Schluß: Ich akzeptiere das."

Der Grund für Mielkes plötzliche Zurückhaltung wird aus einer Mitteilung ersichtlich, die der Staatssicherheitsminister am Vortag an Honeckers Herausforderer Egon Krenz geschickt hatte. Diese Information war laut Verteiler nur für die Spitze des MfS bestimmt, nicht – wie sonst üblich – auch für Mitglieder des SED-Politbüros. Es handelte sich um die Information zu "Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros" vom 11. Oktober. Daraus geht hervor, dass die erhoffte Beruhigung der Lage nicht eingetreten sei. Im Gegenteil sei in den Betrieben mit "spontanen Streikaktionen" zu rechnen, wenn sich nicht sehr schnell tatsächlich etwas ändere.

Mielke wollte mit dieser Information Krenz für die entscheidende Politbürositzung am nächsten Tag (bei der Honecker zum Rücktritt aufgefordert werden sollte) den Rücken stärken. Er schreibt: "Wie ernst die Lage ist, wird hiermit natürlich noch deutlicher, besonders, da es jetzt schon um die Fragen der Arbeiter geht."

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4259, Bl. 10-14

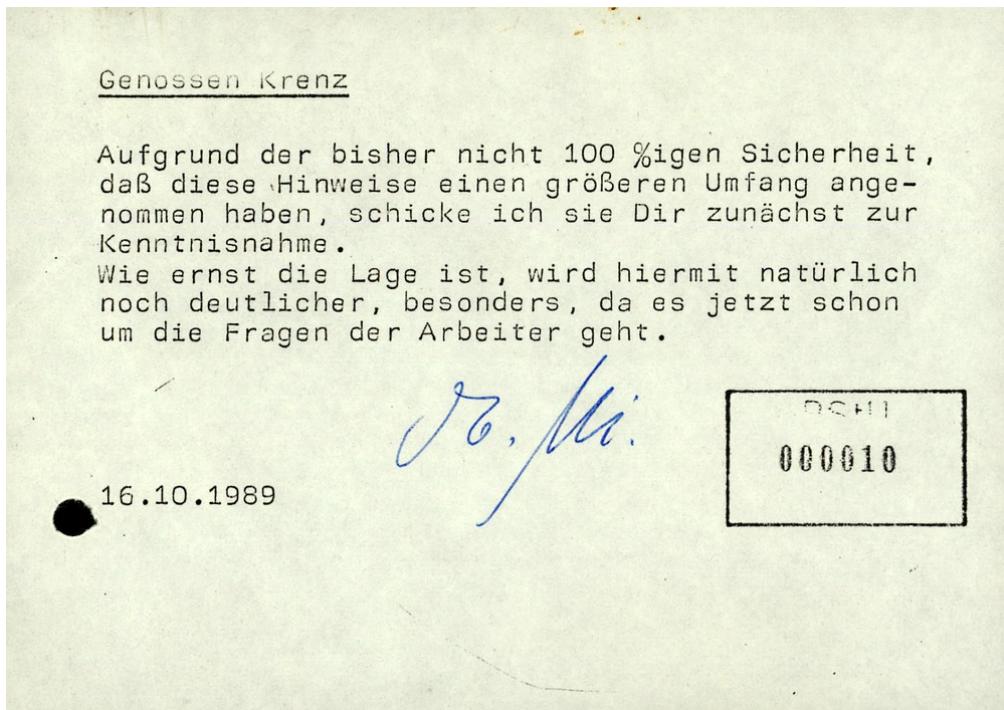
Metadaten

Datum: 16.10.1989

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Schreiben Mielkes an Krenz mit Information zu "Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros"



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4259, Bl. 10-14

Blatt 10

Schreiben Mielkes an Krenz mit Information zu "Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros"

zu 01228

Verteiler:

Gen. Minister 2 Exemplare
(1 x über Vorz. Min. an Gen.
Krenz) und Gen. Herger)

Gen. Mittig

Gen. Großmann

Gen. Neiber

Gen. Schwanitz

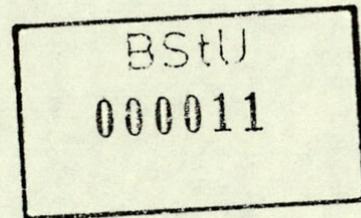
Gen. Felber

Gen. Kratsch

Gen. Kleine

Gen. Kienberg

Gen. Carlsohn



Gen. Irmler

Genn. Mickinn

Schreiben Mielkes an Krenz mit Information zu "Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros"

RSFJ
000012

Berlin, 16. Oktober 1989

Weitere Hinweise

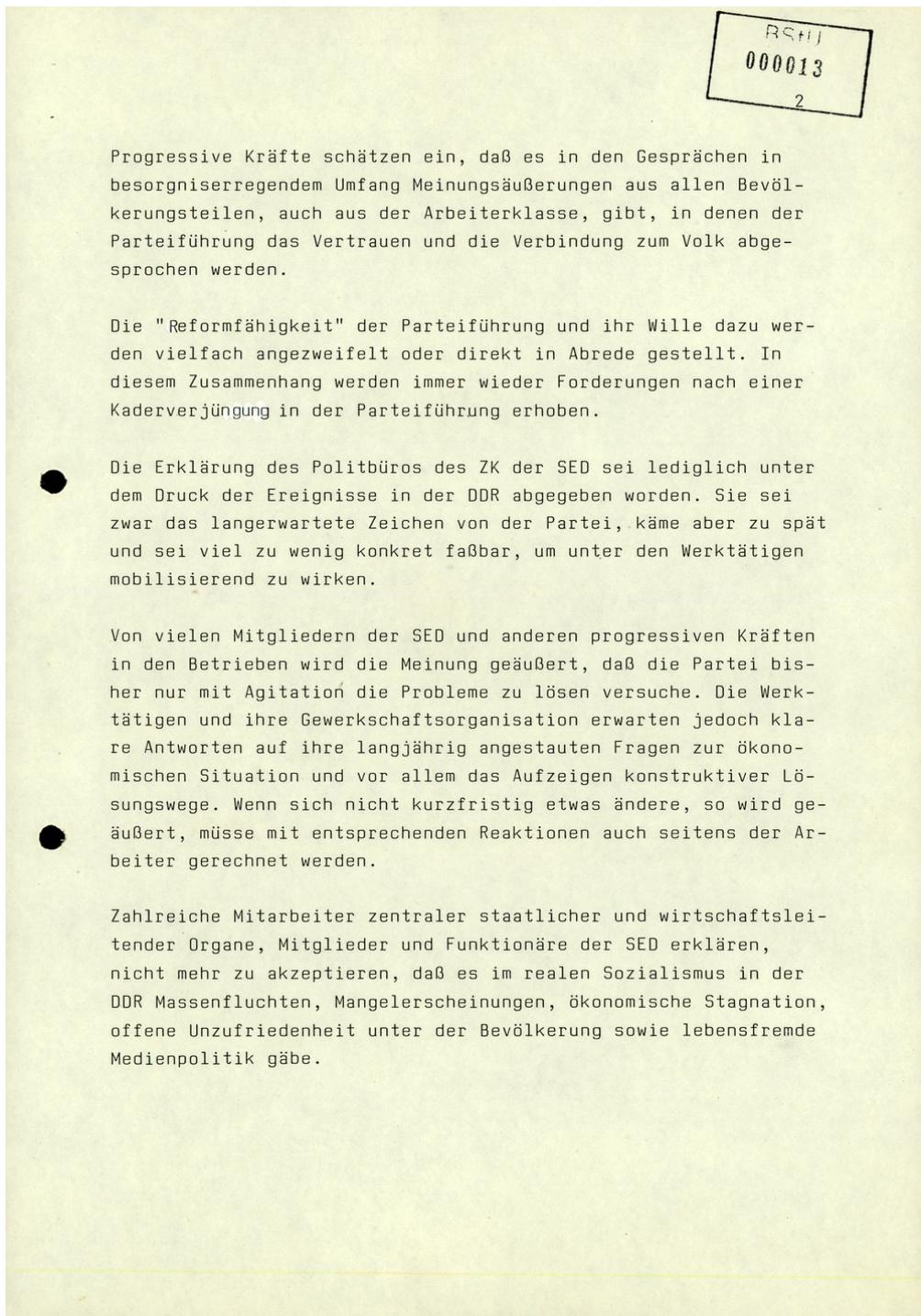
auf Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros des
ZK der SED (Ergänzung der Information vom 13. Oktober 1989)

Die in den o. g. Hinweisen herausgearbeiteten Grundtendenzen charakterisieren auch weiterhin die Reaktion der Bevölkerung auf die Erklärung des Politbüros des ZK der SED.

In diesbezüglichen Meinungsäußerungen haben äußerst kritische Auffassungen an Umfang und Intensität zugenommen über die Wahrnehmung der Verantwortung der führenden Rolle durch die SED, darunter direkte Angriffe auf die Partei- und Staatsführung der DDR. Vor allem Personen aus dem Bereich Kunst und Kultur, Angehörige der Intelligenz und Studenten, anwachsend aber auch Arbeiter und andere Werktätige in Kombinaten und Betrieben, darunter langjährige Mitglieder der SED und andere progressive Kräfte sowie Mitglieder und Funktionäre von befreundeten Parteien treten in diesem Sinne auf.

Die Verantwortung für die innenpolitische Lagezuspitzung in der DDR wird von o. g. Personenkreisen weitestgehend der Parteiführung der SED angelastet. Sie habe durch eine uneinsichtige Haltung und starres Festhalten an einer offensichtlich nicht umsetzbaren politischen Linie nicht wirksam auf die Zuspitzung der politischen Entwicklung in der DDR, insbesondere seit August diesen Jahres, reagiert und damit schweren politischen Schaden für die SED und die DDR herbeigeführt.

Progressive Kräfte verweisen darauf, daß sich viele Bürger stark verunsichert zeigen und dabei häufig Angst um die Zukunft zum Ausdruck bringen. Sie befürchten eine weitere Eskalation der Angriffe der Opposition, denen die Parteiführung nicht ausreichend flexibel und wirksam begegnen werde.

Schreiben Mielkes an Krenz mit Information zu "Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros"

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4259, BL. 10-14

Blatt 13

Schreiben Mielkes an Krenz mit Information zu "Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros"

DRPH
000614

3

In zunehmendem Maße wird in diesem Zusammenhang Kritik geübt an den Genossen MITTAG und HERRMANN. Sie werden im wesentlichen persönlich verantwortlich gemacht für die Situation in der Volkswirtschaft und den Vertrauensverlust in der Bevölkerung durch die Gestaltung der Medien- und Informationspolitik.

Immer nachdrücklicher wird besonders von Arbeitern in den Kombinaten und Betrieben gefordert, einen kontinuierlichen Zufluß von Material und Zulieferungen zu sichern. Wiederholt wird von klassenbewußten Arbeitern geäußert, wenn diese Mängel nicht überwunden werden, könne es zu spontanen Streikaktionen kommen.

Sie verweisen auch auf nachdrückliche Forderungen bezüglich

- der unverzüglichen Verbesserung des Warenangebots und des Dienstleistungsniveaus sowie
- der konsequenten Anwendung des Leistungsprinzips in allen Bereichen und damit im Zusammenhang stehender Veränderungen in der Lohnpolitik.

Viele Werktätige äußern, daß über grundlegende Veränderungen zu diesen Problemen bereits seit dem VIII. Parteitag der SED gesprochen werde und Aufgabenstellungen abgeleitet wurden, die nicht gelöst wurden.

In vielen Aussprachen in den Kombinaten und Betrieben wird darüber hinaus gefordert, ab sofort mit Schönfärberei und selbst-herrlichen Darstellungen Schluß zu machen. Die Situation in den Betrieben muß real dargestellt werden. Die monatlich in den elektronischen und Zeitungsmedien ausschließlich positiven Planbilanzen werden in diesem Zusammenhang als Volksverdummung bezeichnet.